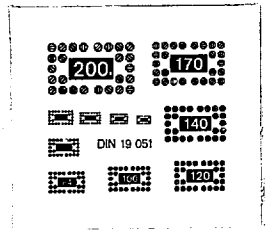


Materialien zum Fachkongress 8

Fortschritt für die 90er:

Moderne Technik in einer humanen Arbeitswelt.

Forum 1

"Für ein neues Programm zur Humanisierung der Arbeit"

Josef Vosen MdB

(Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

SPD

FES-01256

Arbeit und Technik

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist von jeher die Partei des technischen Fortschritts gewesen. Mit der Weiterentwicklung der Technik auf allen Gebieten war es aber auch die SPD, die als erste große gesellschaftliche Kraft die Fragen nach den Grenzen dieses Fortschritts aufwarf, so bei Waffen, in der Kerntechnik und auch bei den Anwendungen der Mikroelektronik und der Gentechnik.
   Technischer Fortschritt sichert die Zukunft nur, wenn es gelingt, aus der technischen Entwicklung gesellschaftlichen Fortschritt zu machen.
   Dies ist das Ziel der SPD auch auf dem Gebiet der Forschungs- und Technologiepolitik.

   Den Vorwurf, unsere Politik sei "technikfeindlich", weisen wir zurück.

   Eine von den Konservativen geförderte gesellschaftliche Entwicklung, die

   - auf Dauer Millionen Mitmenschen von dem für alle gleichen Recht auf Arbeit ausschließt und
   - die rücksichtlos mit den Menschen, der Umwelt und der freiheitlichen Selbstentfaltung umgeht,

   ist unakzeptabel.

   Wir müssen deshalb nicht die Frage der etwaigen Technikfeindlichkeit derer diskutieren, die Arbeitslosigkeit überwinden wollen und für mehr Selbstbestimmung und Umweltschutz eintreten, sondern die etwaige Menschenfeindlichkeit derer, die Arbeitslosigkeit hinnehmen sowie mehr Selbstbestimmung und Umweltschutz blockieren.
   Es ist innerhalb der aufgezeigten Grenzen ohne Maschinenstürmerei möglich, die gesellschaftliche Entwicklung so weiterzubringen, daß der Nutzen der technischen Entwicklung zum persönlichen Nutzen für alle und so auch zum gesellschaftlichen Nutzen werden kann. Diese Chancen der neuen Technik liegen darin, daß wir unseren politischen Gestaltungsspielraum durch

C 95 - 01262
C95-01256

Arbeitszeitverkürzung und Mitbestimmung nutzen.

2. Das Verhältnis von Arbeit und Technik wird in unserer Gesellschaft einseitig unter dem Begriff "Rationalisierung" mißverstanden. Die Arbeit bringt die Technik hervor, und diese Technik schafft die Arbeit ab. So kann es nicht weitergehen.
Es ist in diesem Zusammenhang auch gesagt worden, daß die Technik die Anstrengung ist, die Anstrengung zu vermeiden. In diesem Gedanken steckt der Ausweg, der über den Rationalisierungsaspekt hinausweist, nämlich der Aspekt, durch Technik zu einem menschlicheren Leben zu kommen. Von daher wird überdeutlich, daß die Humanisierung der Arbeit nicht nur gleichberechtigt neben der Rationalisierung steht, sondern, daß sie in der Diskussion um die gewünschte und notwendige gesellschaftliche Entwicklung Vorrang hat.
Die Technologiepolitik der SPD wird die von den Konservativen vergessene, ja verdrängte Humanisierung des Arbeitslebens wieder zum Tragen

bringen. Humanisierung des Arbeitslebens kann keinesfalls dadurch erreicht werden, daß Forschungsprojekte mit dem bescheidenen Betrag von 100 Mio DM pro Jahr gefördert werden. Wesentlich ist jetzt die Umsetzung der seit Jahren sich aufstauenden, geradezu umwälzenden Erkenntnisse auf diesem Gebiet, die aber, ohne daß Konsequenzen aus ihnen gezogen werden, in den Bücherregalen abgelegt sind.

3. Technische Entwicklung führt nur dann zu gesellschaftlichem Fortschritt, wenn sie von den davon Betroffenen aktiv mitgestaltet wird. Wir fordern diese Gestaltung der technischen Entwicklung auf
- der betrieblichen Ebene,
- der überbetrieblich-gesellschaftlichen Ebene und
- der staatlichen Ebene.

Auf der betrieblichen Ebene werden wir uns dafür einsetzen, daß der Mitbestimmungskatalog, insbesondere im Hinblick auf die Einführung neuer Techniken und Verfahren, neuer

Organisationsstrukturen und neuer Kontroll- und Überwachungssysteme erweitert und präzisiert wird. Wir kämpfen dafür, daß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis hin zum Unternehmen und zum Konzern eingeführt wird. Wir fordern, daß das Arbeitsrecht um normative Schutzrechte und die Definition der Mindestanforderungen an Erwerbsarbeitsplätze, die indirekt auch zu bestimmten Technikentwicklungen bzw. -anwendungen zwingen, erweitert und ergänzt wird. Hierbei sind Produktivitätsfortschritte vorrangig in Arbeitszeitverkürzung umzusetzen.
In diesen Zusammenhang gehört auch unsere Forderung nach Sicherung des Arbeitnehmerstatus von außerhalb der eigentlichen Betriebsstätte Arbeitenden und auch die Forderung, die Instrumente zu entwickeln, die geeignet sind, die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Wohnungen von Arbeitnehmern zu verhindern.

Auf der überbetrieblich-gesellschaftlichen Ebene fordern wir die Schaffung von Voraussetzungen für

einen breiten technologischen Dialog auf regionaler, überregionaler und Branchenebene. Dazu gehören u.a.:
- Die Beteiligung der wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Gewerkschaften, bei der Ausarbeitung von staatlichen Förderprogrammen und Regelungen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung sowie die Offenlegung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie;
- Auf regionaler Ebene die Schaffung von Gremien, an denen alle in der Region relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen sind. Sie haben die Aufgabe, abgestimmte Regionalpläne für die Bewältigung des Modernisierungsprozesses auszuarbeiten;
- Die Bereitstellung von Beratungs- und Forschungsressourcen auch für die Gewerkschaften, so wie sie den Unternehmen bereits zur Verfügung stehen;
- Der Aufbau eines Netzes von Technologie- und Innovations-Beratungsstellen, die vor allem auf die

sozialen Gestaltungsmöglichkeiten neuer Technik ausgerichtet sind;

- Die Schaffung eines unabhängigen, vom Staat, den Gewerkschaften und Unternehmen getragenen Institutes "Arbeit und Technik". Seine Aufgabenstellung umfaßt die wissenschaftliche Untersuchung und Bewertung aller auf das Verhältnis von Arbeit und Technik einwirkenden Faktoren, die Beratung der Tarifvertragsparteien über Gestaltungsbedingungen von Arbeit und Technik sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für den Gesetzgeber für die sozialverträgliche Gestaltung von Arbeit und Technik.

Auf der staatlichen Ebene treten wir schließlich dafür ein, daß die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsprozeß in Richtung auf Vollbeschäftigung, die umweltgerechte Modernisierung der Volkswirtschaft, die Humanisierung des Arbeitslebens, die Ausweitung der Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer und einen menschengerechten und sozialverträglichen Technikeinsatz verändert werden (s. Industriepolitik).

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, gesetzlich technische Normen für humanisierungs- und umweltschutzorientierte Verfahren und Produkte zur Förderung der Marktfähigkeit solcher Produkte festzulegen.

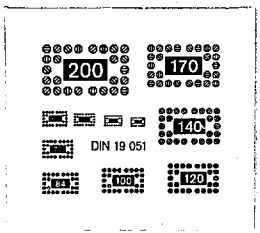
4. Die Gestaltung der technischen Entwicklung zur Erreichung eines gesellschaftlichen Fortschritts ist das genaue Gegenteil dessen, was von konservativer Seite unter dem Begriff "Technikakzeptanz" gefordert wird. Technikakzeptanz ohne Mitbestimmung kann nur das Ergebnis einer irreleitenden Propaganda sein. Mitbestimmte Technikentwicklung bedarf offensichtlich keiner gesonderten "Akzeptanz" mehr.

5. Wir müssen in der Frage des Verhältnisses von Arbeit und Technik auf der Seite der Arbeit kämpfen. Der Versuch des konservativen Lagers, die Technik als herrschaftsfrei hinzustellen, deren Folgen "leider" zu Arbeitslosigkeit, höherer Belastung, mehr Überwachung und zu noch größerer Umverteilung der

Reichtümer nach oben führen, muß uns jeden Augenblick wachsam sein lassen. Technik geschieht nicht, Technik wird gestaltet. Wenn wir sie nicht mitgestalten, wird sie gegen uns gestaltet.
Eine Technologiepolitik, die diesen Aspekt zu ihrem Hauptschwerpunkt macht, unterscheidet sich fundamental von der Politik dieser Bundesregierung.

6. Zu einer solchen neuen Politik für Arbeit durch Gestaltung der technischen Entwicklung gehört eine breit angelegte Qualifizierungskampagne aller berufstätigen und auch der zur Zeit noch nicht im Arbeitsprozeß stehenden Menschen, insbesondere der bisher nicht berufstätigen Hausfrauen.
Die Schaffung von Vollbeschäftigung garantiert noch nicht, daß alle Männer und Frauen, die arbeiten wollen, auch tatsächlich arbeiten können. Es bedarf zusätzlicher Maßnahmen, die die Beteiligung am Arbeitsprozeß überhaupt erst ermöglichen.
Die Qualifizierungsmaßnahmen hinsichtlich der neuen Techniken, insbesondere der Informationstechnik, müssen

im Bildungswesen, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung Platz greifen. Hier bedarf es insbesondere eine engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.



Materialien zum Fachkongress 9

Fortschritt für die 90er:

Moderne Technik in einer humanen Arbeitswelt.

Forum 1

"Für ein neues Programm zur Humanisierung der Arbeit"

Prof. Dr. Ulrich von Alemann

(FernUniversität Hagen, Projektträger "Sozialverträgliche Technikgestaltung NRW")

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

SPD

C95-01256

C 95 - 01275

Fachkongreß "Fortschritt für die 90er: Moderne Technik in einer humanen Arbeitswelt" der SPD, Darmstadt 19.09.89
Thesen für Forum 1, Ulrich von Alemann, Hagen

C95-01256

Für eine technikfördernde und technikbeherrschende soziale und ökonomische Modernisierungspolitik bietet das Programm "Mensch und Technik - Sozialverträgliche Technikgestaltung" (SoTech) des Landes Nordrhein-Westfalen eine dreifache Innovation:

- erstens eine technologiepolitische Innovation, da es bereits während der Einführungsphase von neuen Technologien, speziell der Informations- und Kommunikationstechnologien, deren soziale Folgen abzuschätzen versucht; einerseits wird angestrebt, negative Folgen rechtzeitig zu verhindern; andererseits soll es dazu beitragen, die sich mit den Informations- und Kommunikationstechnologien auftuenden sozialen Chancen frühzeitig und möglichst umfassend zu nutzen. Darüber hinaus hat das Programm einen starken regionalen Bezug; denn es gilt, u.a. die möglichen sozialen Gefahren für bestimmte Regionen zu erkennen und abzuwenden sowie ihre spezifischen Entwicklungspotentiale zu fördern.

- zweitens eine politisch-institutionelle Innovation, insofern es ein flexibles und angebotsorientiertes Instrumentarium zur Mobilisierung der Selbsthilfe der durch die neuen IuK-Technologien in ihren gewohnten Lebensumständen und Arbeitsbeziehungen Betroffenen bereitstellt. Die Ermittlung von sich wandelnden Arbeits- und Lebensformen wird mit ihrer Gestaltung durch die Betroffenen selbst verbunden. Mit dem SoTech-Programm wird ein erster Versuch unternommen, auf die technologische Entwicklung indirekt, durch die Aktivierung von Kreativitätsreserven, Einfluß zu nehmen. Je schneller und ambivalenter sich der technologische Wandel vollzieht, desto wichtiger wird seine partizipative Gestaltung.

- drittens eine wissenschaftspolitische Innovation; es fördert eine multidisziplinäre, realitätsverändernde Forschung, die sich an den Interessen der Arbeitnehmer/innen, der Arbeitslosen, der Hausfrauen, der sozial Schwachen orientiert, also derjenigen, die über einen geringen Dispositionsspielraum zur Gestaltung des täglichen Lebens verfügen, die aber in erster Linie die negativen Folgen des beschleunigten technischen Wandels zu spüren bekommen. Das SoTech-Programm hat den Charakter eines großen sozialen Experimentes, das sich aus vielen kleinen Versuchen zusammensetzt und in dem die Beteiligten über ihre Ergebnisse berichten und diskutieren, um neue Lösungen zu finden. Der Gestaltungsdialog zwischen und innerhalb der Wissenschaften, den an den Experimenten Beteiligten und den von den technologischen Entwicklungen Betroffenen ist das zentrale Medium einer zukunftsorientierten Sozialen Technologiepolitik.

Vier Leitideen prägen das SoTech-Programm:

(1) Forschungsorientierung: Das Programm wird von Forschungsprojekten getragen. Dies bedeutet, daß deren Selektion primär nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen muß. Entsprechendes gilt für die Projektbetreuung und -auswertung. Die Forschungsorientierung des Programms macht auch erforderlich, daß in die Programmorganisation unabhängiger wissenschaftlicher Sachverstand fest eingebunden ist.

(2) Gestaltungsorientierung: Die in dem Programm durchgeführten Forschungsprojekte sollen entweder Handlungswissen fördern oder führen selbst ein soziales (gestaltendes) Experiment durch, über dessen Erfolg (oder Mißerfolg)

sie wissenschaftlich berichten. Der enge Praxisbezug des Programms läßt sich nur realisieren, wenn bei der Projektformulierung und -selektion die gesellschaftlichen Adressaten der Gestaltung angemessen beteiligt sind.

(3) Betroffenenorientierung: Wird die Betroffenenorientierung des Programms ernst genommen, so ist sicherzustellen, daß es Hilfe zur Selbsthilfe anbietet. Die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Betroffenen kann nur erweitert und verbessert werden, wenn das Programm als Angebot konzipiert ist. Weder darf Mitmachen zum Zwang, noch darf Technikakzeptanz zum Zweck werden; d.h. die Handlungs- und Gestaltungsautonomie der Projekte ist staatlich zu respektieren.

(4) Vermittlungs- und Umsetzungsorientierung: Die gestaltenden Forschungsprojekte sind jedes für sich sinnvoll; sie sind aber nicht nur Selbstzweck. Soweit sich ihre Ergebnisse als tragfähig erweisen, müssen sie sowohl der Öffentlichkeit vermittelt als auch in die gesellschaftliche Praxis umgesetzt werden. Die Bewertung der Projektergebnisse, ihre Vermittlung und Umsetzung kann nur über das Medium des Diskurses, durch Aufklärung und Überzeugung erfolgen: in der Fachöffentlichkeit, zwischen den Betroffenen, innerhalb des politischen Raumes, in der breiten Öffentlichkeit, in den Medien und kulturellen Einrichtungen. Neben der Organisation des technologiepolitischen Diskurses hat das Programm Aktivitäten zur Umsetzung anzuregen.